

Dialog und Transparenz im Rohstoffsektor

Auftakt zur Umsetzung der EITI in Deutschland



Herausgegeben von der Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
Sitz der Gesellschaft: Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn
Telefon: +49 228 – 44 60 – 0
Fax: +49 228 – 44 60 – 17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn
Telefon: +49 6196 – 79 – 0
Fax: +49 6196 – 79 – 11 15
E-Mail: info@giz.de
Internet: www.giz.de

Verantwortlich: Johanna Beate Wysluch, Leiterin des D-EITI-Sekretariats (GIZ)
Redaktion: Boris Raeder
Gestaltung: Eva Engler, Berlin
Lektorat: Volkhard Michel, Friedrichsdorf
Bilder: GIZ/ Thomas Ecke, Berlin
Illustrationen: GIZ/ Magdalena Wiegner, Berlin
Druck: druckriegel GmbH, Frankfurt

Inhalt

- 04 Den Kapitalflüssen auf der Spur
- 07 Einleitung
- 08 D-EITI-Transparenzgipfel
- 09 Keynote speech
- 12 D-EITI: Neue Chancen für Dialog und Transparenz im Rohstoffsektor in Deutschland
- 16 Eine Gesprächsrunde: Erwartungen an die D-EITI
- 23 EITI und internationale Erfahrungen
- 24 Bedeutung der D-EITI für Entwicklungs- und Schwellenländer
- 27 EITI: Entstehung und Perspektiven
- 29 EITI im Banken- und Finanzsektor
- 33 Die Rolle der Transparenzvorgaben der EU und des Dodd-Frank Act bei der EITI-Implementierung
- 34 Auftaktgespräch von bereits benannten Mitgliedern der Multi-Stakeholder-Gruppe der D-EITI

Vorwort Den Kapitalflüssen auf der Spur

Wie es gelingen kann, Erlöse aus der Rohstoffgewinnung für die Entwicklungsfinanzierung zu mobilisieren

Von Clare Short* und Uwe Beckmeyer*



Im kommenden Jahr endet die Frist zur Umsetzung der im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen beschlossenen Millenniums-Entwicklungsziele. Vieles konnte in den vergangenen 15 Jahren erreicht werden; dennoch sind gewaltige Aufgaben zur Bekämpfung der Armut unerledigt, und neue Ziele kommen hinzu – etwa mehr nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze für eine wachsende Weltbevölkerung.

Viele der Probleme dauern fort in jenen Ländern, von denen man es am wenigsten erwarten würde: Länder, die über reichhaltige Öl, Gas und mineralische Rohstoffe verfügen. Paradoxiertweise haben in vielen dieser Länder die Einnahmen aus der Rohstoffförderung keinen Entwicklungsschub erzeugt; sie haben vielmehr dazu beigetragen, das wirtschaftliche Geschehen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politischen Institutionen zu schwächen. Die Mehrheit der Bevölkerung in diesen Staaten lebt weiterhin in großer Armut, hohe Kapitalsummen fließen ins Ausland, blutige Auseinandersetzungen um Ölfelder und Minen lähmen die Entwicklung der betroffenen Länder auf Jahrzehnte. Korruption und Komplizenschaft zwischen politisch Verantwortlichen und Akteuren im Wirtschafts- und Finanzsektor, sowie Intransparenz, fehlende demokratisch legitimierte Kontrollsysteme und Verantwortungslosigkeit – diese Mischung befördert die Ausplünderung der Ressourcen. Kurz gesagt, viele dieser Staaten haben es weder geschafft, ihre Rohstoffe ausreichend in Wert zu setzen, noch den Reichtum an Rohstoffen zum Wohle ihrer Bürger einzusetzen.

Den Kapitalflüssen auf der Spur

Nichtregierungsorganisationen hatten dieses Thema bereits in den 1990er Jahren auf die entwicklungspolitische Tagesordnung gesetzt. Sie forderten mehr Transparenz, wenn es um die Einnahmen aus der Rohstoffförderung geht: „Publish what you pay“. Als Antwort darauf kamen 2003 Förder- und Verbraucherländern, Öl- und Bergbaugesellschaften, sowie Organisationen des Finanzsektors zusammen und einigten sich auf 12 Transparenz-Standards für Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft. Damit war die „Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft“ (EITI) geboren. Ihr Ziel: verständliche, weitreichende und glaubwürdige Informationen zu generieren, auf deren Basis ein öffentlicher Dialog über die Einnahmen und ihre Verwendung in den Mitgliedsländern möglich ist.

In Ländern, die sich an EITI beteiligen, müssen rohstofffördernde Unternehmen ihre Zahlungen an die jeweiligen Länder im jährlichen EITI-Report veröffentlichen. Rohstoffländer, die der Initiative beitreten wollen, müssen nicht nur ihre Einkünfte aus Rohstoffgeschäften wie Steuern, Abgaben und Lizenzen offenlegen, sondern seit 2013 u.a. auch Angaben darüber veröffentlichen, wie die Einkünfte in den Regionen verteilt werden. Bei Verstößen gegen die Regeln kann die Mitgliedschaft jederzeit

ausgesetzt werden. Das geschah bereits mit der Demokratischen Republik Kongo, Mauretanien, Sierra Leone und dem Jemen. Da diese Länder in der Zwischenzeit wichtige Änderungen vorgenommen haben, sind sie wieder zugelassen worden.

Den EITI-Transparenz-Standards für die Rohstoffwirtschaft haben sich inzwischen 48 Staaten und mehr als 90 Großunternehmen aus dem Öl-, Gas- und Bergbausektor freiwillig unterworfen. Die Bundesregierung wird in Zusammenhang mit der deutschen G7-Präsidentschaft im kommenden Jahr beim internationalen EITI-Vorstand in Oslo die Mitgliedschaft beantragen.

Zur Vorbereitung der Kandidatur fand Ende November in Berlin der erste deutsche EITI-Transparenzgipfel statt. Dort waren Politik, Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen vertreten. Aus diesem Kreis setzt sich auch die deutsche Multi-Stakeholder-Gruppe (D-EITI) zusammen.

Mit seinem Beitritt zu EITI zeigt Deutschland – als bedeutendes Industrieland mit hohen Rohstoffimporten – die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und den gemeinsamen

Den Kapitalflüssen auf der Spur

Kampf gegen Korruption im internationalen Rohstoffgeschäft zu stärken. Deutschland sendet damit ein Signal an wichtige Rohstoffnationen wie Südafrika, Brasilien und Indien, aber auch China und Russland. Die Glaubwürdigkeit Deutschlands, das EITI seit der Gründung politisch und finanziell unterstützt, wird durch einen Beitritt deutlich erhöht.

Die natürlichen Ressourcen eines Landes gehören seinen Bürgerinnen und Bürgern. Mit dieser Überzeugung hat die EITI vor mehr als zehn Jahren ihre Arbeit begonnen. Der Gedanke, dass Regierungen und Unternehmen sich im oftmals schwer durchschaubaren internationalen Rohstoffgeschäft eines Tages in die Bücher schauen lassen würden, klang für viele anfangs illusorisch. Mit dem Multi-Stakeholder-Ansatz ist es jedoch gelungen, unterschiedliche Interessengruppen auf Transparenz und gemeinsame Standards festzulegen. Damit sind die Weichen gestellt, Kapitalflüsse öffentlich und somit durchschaubarer zu machen – eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Organisationen von ihren Regierungen Rechenschaft über die Verwendung der Mittel fordern können. So können Rohstoffe von einer Konflikursache zum Motor der Entwicklung werden.

* **Clare Short** ist Vorstandsvorsitzende der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (Extractive Industries Transparency Initiative – EITI). Sie war von 1997 bis 2003 Ministerin für Internationale Entwicklung (Secretary of State for International Development) im Kabinett von Premierminister Tony Blair.

* **Uwe Beckmeyer** ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die EITI-Umsetzung in Deutschland.

Einleitung

Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ist eine globale Initiative zur Förderung der Finanztransparenz und der Rechenschaftspflicht. Übergeordnetes Ziel von EITI ist die Veröffentlichung verständlicher, weitreichender und glaubwürdiger Informationen, um einen öffentlichen Dialog über die Einnahmen und die Verwendung der Mittel aus der Rohstoffgewinnung zu ermöglichen. Rohstofffördernde Unternehmen, die der jeweiligen nationalen EITI-Transparenzpflicht unterliegen, legen dabei ihre Steuerzahlungen und Förderabgaben an die Regierung offen; letztere muss ihre entsprechenden Einkünfte aus Rohstoffgeschäften ebenfalls veröffentlichen. Die Zahlungsströme beinhalten in der Regel die Einnahmen aus dem Abbau von mineralischen und metallischen Rohstoffen sowie – mit steigender Tendenz – auch aus anderen Sektoren wie Öl, Gas, Forst- und Agrarwirtschaft.

Die EITI wird weltweit von 48 Ländern umgesetzt und von 17 Regierungen sowie von der Europäischen Kommission unterstützt. Neben Entwicklungsländern setzen sich vermehrt G8/G20- und OECD-Länder für die Umsetzung der EITI im eigenen Land ein. Von EITI wurden bislang über 1.500 Milliarden US-Dollar an Staatseinnahmen aus dem Rohstoffsektor offengelegt. Mehr als 90 Unternehmen aus den Bereichen Bergbau, Öl und Gas sowie über 90 Investment- und Rentenfonds mit einem Gesamtvolumen von über 19 Billionen US-Dollar unterstützen EITI.

Die Initiative wird von den Regierungen rohstoffproduzierender Länder in freiwilliger Selbstverpflichtung getragen und gemeinsam mit der Rohstoff- und Finanzwirtschaft sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren umgesetzt. Hierfür wird ein inklusives Drei-Gruppen-Modell aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft angewendet, das den Prozess eigenständig trägt und gemeinsam verantwortet (Multi-Stakeholder-Prozess).

Deutschland unterstützt EITI bereits seit der Gründung im Jahr 2003 politisch und finanziell in rund 20 Entwicklungs- und Schwellenländern. Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung vom 2. Juli 2014 beschlossen, die Kandidatur Deutschlands bei der EITI einzuleiten. Erforderlich dafür sind die folgenden vier Voraussetzungen: (i) öffentliche Erklärung der Regierung EITI umzusetzen; (ii) Benennung einer ranghohen Person zum Sonderbeauftragten; (iii) Verpflichtung, mit Unternehmen und Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten und eine Multi-Stakeholder-Gruppe (MSG) einzusetzen und (iv) ein Arbeitsplan zur Umsetzung der EITI. Mittlerweile hat Deutschland die ersten drei Voraussetzungen erfüllt. Die vorliegende Publikation dokumentiert den Auftakt der EITI-Umsetzung in Deutschland und spiegelt die vielfältige und herausfordernde Diskussion der Umsetzung wider.

D-EITI-Transparenzgipfel

Zur Vorbereitung des deutschen Beitritts zur EITI fand am 26.11.2014 in Berlin der D-EITI-Transparenzgipfel mit über 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft statt. Gemeinsam mit Mitgliedern des internationalen EITI-Vorstands und weiteren internationalen Gästen diskutierten sie Chancen und Perspektiven der EITI-Umsetzung in Deutschland (D-EITI).

Neben einer Rede der internationalen EITI-Vorsitzenden, der ehemaligen britischen Entwicklungsministerin Clare Short, folgten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Beiträgen u.a. des Parlamentarischen Staatssekretärs und Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die EITI-Umsetzung in Deutschland, Uwe Beckmeyer, des Hauptinitiators und Gründungsvorsitzenden von EITI, Prof. Dr. Peter Eigen sowie weiteren Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft. Die Veranstaltung sollte den Austausch über die Erwartungen an D-EITI und dessen konkrete Ausgestaltung fördern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sehr motiviert, den Prozess in Deutschland voranzutreiben.

Dr. Thomas Gäckle, Unterabteilungsleiter IV B Rohstoffpolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), eröffnete den Transparenzgipfel. Er zeigte sich besonders erfreut über das bunte nationale sowie internationale Teilnehmerfeld und das breite Interesse an diesem wichtigen Thema. Den Transparenzgipfel bezeichnete Dr. Gäckle als gute Möglichkeit, um die Umsetzung der Initiative zu erörtern, Erfahrungen im internationalen Kontext aufzuarbeiten und Herausforderungen für die weitere Entwicklung zu benennen.

Im Rahmen der Veranstaltung fand auch ein öffentliches Auftaktgespräch der Multi-Stakeholder-Gruppe (MSG) mit hochrangigen Mitgliedern aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft statt. Aufgabe des Gremiums ist es, den Anwendungsbereich von EITI für Deutschland zu bestimmen und die Umsetzung dieser Initiative in Deutschland zu steuern und zu kontrollieren.

Keynote speech

Clare Short, Vorsitzende der EITI



Clare Short ist seit 2011 die Vorsitzende des internationalen EITI-Vorstands und die Nachfolgerin von Prof. Dr. Peter Eigen. Von 1983 bis 2010 war sie Mitglied des britischen Unterhauses, von 1997 bis 2003 war sie die erste britische Entwicklungsministerin. Seit der Abkehr von der aktiven Politik engagiert sich Clare Short in verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, unter anderem *International Lawyers for Africa* und *Africa Humanitarian Action*. Sie gilt als eine der wichtigsten Fürsprecherinnen für mehr Transparenz im Rohstoffsektor.

Clare Short macht zunächst deutlich, dass die politische Steuerung und die Kontrolle des Rohstoffsektors eine hoch komplexe Aufgabe ist. Denn seit der industriellen Revolution gibt es politische Auseinandersetzungen und Konflikte um die gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen. Jedes Land hat dabei eine eigene Entwicklungsgeschichte durchlaufen und steht somit vor ganz spezifischen Herausforderungen.

Der entscheidende Schritt zu einer internationalen Initiative sei die Erkenntnis gewesen, dass alle Interessengruppen gleichberechtigt eingebunden werden müssen. Transparenz funktioniert nicht unilateral, und einseitige Initiativen können negative Folgen haben. In einem beispielhaften Fall hat ein internationaler Mineralölkonzern entschieden,

seine Zahlungen an die Regierung Angolas zu veröffentlichen. Diese drohte als Reaktion auf das einseitige Vorgehen mit dem Entzug der entsprechenden Konzessionen.

Frau Short führt weiter aus, dass weltweit für Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft ein gemeinsames, wenn auch unterschiedlich motiviertes Interesse besteht, die Transparenz im Rohstoffsektor zu fördern. Die Unternehmen wünschen sich eine verbesserte Reputation für einen Sektor, der zunehmend im Fokus einer kritischen Öffentlichkeit steht. Die Regierungen rohstoffreicher Länder erhoffen sich durch verbesserte Transparenz steigende ausländische Investitionen für den Rohstoffsektor. Die internationale Zivilgesellschaft befürwortet und fordert Transparenz, da natürliche Ressourcen so gemanagt werden sollen,

Keynote speech

dass die Bevölkerung davon profitiert. Dieses gemeinsame Interesse war die Basis für den Versuch, den Transparenzgedanken zu operationalisieren und zu institutionalisieren. Im Jahr 2002 wurde unter Teilnahme von Repräsentanten der drei Stakeholdergruppen Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft der erste EITI-Vorstand unter der Führung von Prof. Dr. Peter Eigen gebildet und damit die EITI ins Leben gerufen.

Mit dem Beginn dieses Prozesses sind aus der Sicht der EITI-Vorsitzenden zwei fundamentale Dinge eingetreten: Zum einen hat sich der Transparenzgedanke durchgesetzt, so wird Transparenz im Bergbausektor mittlerweile als ganz normal empfunden. Zum anderen sprechen alle drei beteiligten Stakeholdergruppen in einem Forum miteinander. So werden Vorurteile abgebaut und gleichzeitig alle Beteiligten mit den gleichen Informationen versorgt.

Mit Blick auf die Zukunft und den deutschen Beitritt skizzierte Clare Short abschließend die aus ihrer Sicht größte Herausforderung bei der Umsetzung der EITI: Nicht der jährliche Bericht ist der eigentliche Zweck der EITI. Jedes Land muss für sich definieren, welche Vorteile EITI bietet, um daraufhin die nationale Umsetzung zu gestalten. So können neben dem

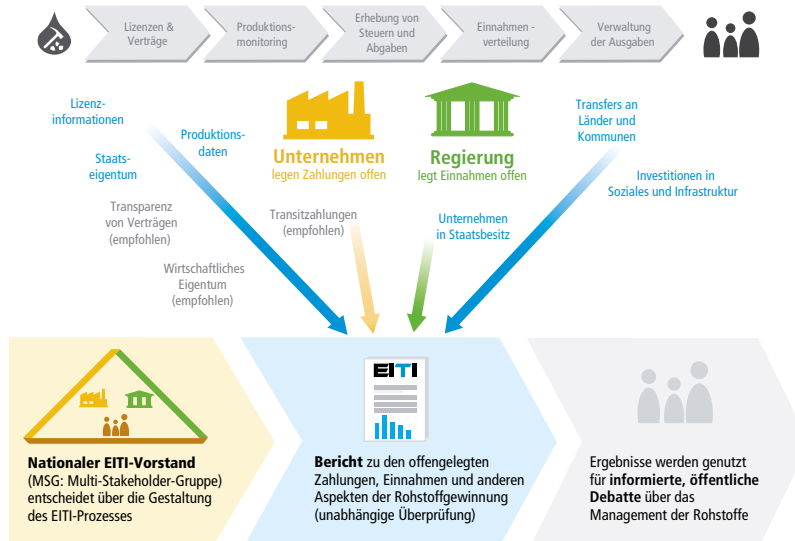


Bergbausektor auch andere Sektoren, etwa der Forst- oder Fischereisektor, in die Berichterstattung einbezogen werden, wenn sie eine bedeutende wirtschaftliche und soziale Funktion haben. Für eine EITI-Mitgliedschaft gilt ein Mindeststandard an Regeln. Darüber hinaus ist jedes einzelne Land zur nationalen Umsetzung aufgefordert. Vor allem die OECD-Länder müssen sich fragen, welchen Mehrwert sie – über das internationale Signal hinaus – von einem Beitritt zur EITI erwarten.

Das ist eine der Kernfragen für die Umsetzung der EITI in Deutschland. Deutschland sollte sich nicht allein dem EITI-Vertrag verpflichtet fühlen, sondern das Thema Transparenz in den Mittelpunkt stellen, den Kern der EITI-Grundsätze verstehen und diese mit Leben füllen. Nach einem erfolgreichen Beitrittsprozess kann Deutschland in einigen Bereichen der EITI dann selbst eine Vorbildfunktion für andere Länder einnehmen.

Produzieren Sie nicht einfach einen teuren Jahresbericht und lassen einen internationalen Prüfer dafür einfliegen ... Machen Sie vielmehr Ihre Regierungssysteme offener, transparenter und solider. Danach können Ihre Fakten und Belege im Bericht kommentiert und erläutert werden." Clare Short

EITI-Standard



EITI-Berichterstattung: Die im EITI-Standard festgehaltenen Mindestanforderungen für EITI-Mitgliedsländer schreiben die Erstellung umfassender jährlicher EITI-Berichte vor. Sie beinhalten die vollständige Offenlegung aller Staatseinnahmen aus den rohstoffgewinnenden Industrien sowie aller wesentlichen Zahlungen von Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen an den Staat. Die Berichte müssen neben diesen Zahlungen auch Erläuterungen zu den nationalen rohstoffgewinnenden Industrien (z.B. Lizenzvergaben oder Rahmenbedingungen der Rohstoffgewinnung) enthalten. Sie müssen im Sinne der Transparenz verständlich und öffentlich zugänglich sein, aktiv bekannt gemacht werden und somit zur öffentlichen Debatte beitragen.

Den EITI-Standard sowie weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der D-EITI: www.d-eiti.org.

D-EITI: Neue Chancen für Dialog und Transparenz im Rohstoffsektor in Deutschland



Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie (BMWi) und Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die EITI-Umsetzung in Deutschland.

Deutschland unterstützt die EITI bereits seit mehr als zehn Jahren und wirbt seit langem bei wichtigen Rohstoffländern wie Brasilien, Südafrika, Indien, aber auch China für die Mitarbeit in der EITI, stellt Uwe Beckmeyer fest. Mit dem EITI-Beitritt kann Deutschland noch glaubwürdiger für die Initiative eintreten. Denn nur wer sich selbst dem EITI-Standard unterwirft, kann andere von der Wichtigkeit überzeugen. Damit stellt sich Deutschland in die erste Reihe der Unterstützerländer und übernimmt Verantwortung für die internationale Korruptionsbekämpfung in rohstoffreichen Ländern. Gleichzeitig sagt Deutschland „Ja“ zu mehr Transparenz und zur Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor. Hinter dem vermeintlich sperrigen Thema Rohstofftransparenz steht ja eine große Idee: Wo Transparenz herrscht, hat Korruption keine Chance. Darum ist der Beitritt Deutschlands zur EITI eine „starke Botschaft“.



Nach langjähriger Mitgliedschaft im Senat der Freien Hansestadt Bremen ist **Uwe Beckmeyer** seit 2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie (BMWi). Neben seiner Funktion als Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft ist er seit Juli 2014 Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die EITI-Umsetzung in Deutschland.

D-EITI: Neue Chancen für Dialog und Transparenz im Rohstoffsektor in Deutschland



Multi-Stakeholder-Gruppe (MSG): Nach dem EITI-Standard muss eine effektive Aufsicht der nationalen Umsetzung der EITI durch eine MSG erfolgen, die von der Bundesregierung im April 2015 in paritätischer Besetzung ernannt worden ist. Die erste formelle Sitzung der MSG fand bereits am 10. März 2015 statt. Jede Gruppe (Regierung/Wirtschaft/Zivilgesellschaft) identifizierte eigenständig die jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter. Die Mitglieder sollen mit den hinter ihnen stehenden Interessengruppen bzw. Stakeholdern zusammenarbeiten; alle wichtigen Stakeholdergruppen sollten möglichst in der MSG vertreten sein. Zu ihren Aufgaben gehören die Steuerung und Kontrolle der D-EITI sowie die Billigung von Aktionsplänen und Berichten. Eine weitere Aufgabe zur Einleitung der Kandidatur ist die Festlegung des Berichtsumfangs (Wesentlichkeitsschwelle der Zahlungen, einzubeziehende Sektoren) auf Grundlage des EITI-Standards.

Uwe Beckmeyer führt weiter aus, dass Deutschland auch aus der Binnenperspektive gewichtige Argumente für einen EITI-Beitritt anführen kann. Zum einen verbessert die Initiative die Rahmenbedingungen der deutschen Rohstoffwirtschaft im internationalen Wettbewerb. Zum anderen stärkt Deutschland den Dialog sowie die Transparenz in der Rohstoffpolitik und -wirtschaft und erhöht auf diese Weise die Akzeptanz für die heimische Rohstoffförderung.

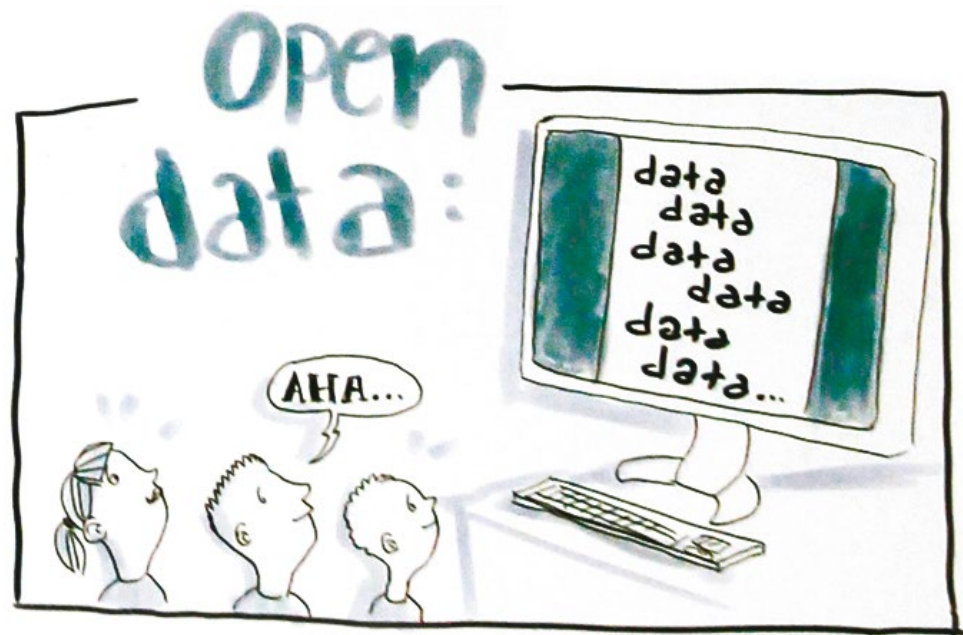
Durch die Einrichtung einer MSG entsteht ein innovatives Forum zur Zusammenarbeit von Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Mit der D-EITI wird der Rohstoffsektor außerdem zu einem Vorreiter bei der Bereitstellung offener Daten in Deutschland. So trägt D-EITI zu einem bürger- und wirtschaftsfreundlichen „digitalen Deutschland“ bei und unterstützt damit auch ein zentrales Ziel der Bundesregierung.

D-EITI: Neue Chancen für Dialog und Transparenz im Rohstoffsektor in Deutschland

Deutschland muss dem föderalen System bei der Umsetzung der D-EITI gerecht werden, fügt Uwe Beckmeyer hinzu. Durch eine erfolgreiche Umsetzung der D-EITI kann es international als Vorbild fungieren und durch innovative Lösungen eigene und neue Akzente setzen.

Abschließend lädt Uwe Beckmeyer zum Auftaktgespräch der bereits nominierten Mitglieder der MSG ein.

Er zeigt sich überzeugt, dass sich schwierige Fragen der Energie- und Rohstoffpolitik künftig nur in einem konstruktiven Dialog zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beantworten lassen.



D-EITI: Neue Chancen für Dialog und Transparenz im Rohstoffsektor in Deutschland

Fragen aus dem Publikum an Uwe Beckmeyer und Clare Short:

Wie geht Deutschland mit EITI und der föderalen Struktur um?

Uwe Beckmeyer: Den Herausforderungen des föderalen Systems bei der Umsetzung der EITI gerecht zu werden, ist anspruchsvoll. Insbesondere weil manche der zu berücksichtigenden Zahlungen sogar auf kommunaler Ebene vereinnahmt werden. Vor vergleichbaren Herausforderungen stehen auch andere föderal organisierte Staaten, wie die USA, Nigeria und Irak sowie zukünftig möglicherweise Australien und Mexiko. Deutschland könnte dabei mit gutem Beispiel vorangehen und ein positives Zeichen setzen. Deshalb ist die Unterstützung des EITI-Prozesses durch die Bundesländer besonders wichtig.

Clare Short ergänzt, dass hierbei die Erfahrungen Australiens und die dortige dezentrale Umsetzung der EITI von Bedeutung sein können.

Worin liegt der Mehrwert für Deutschland der EITI beizutreten?

Uwe Beckmeyer: Deutschland engagiert sich weltweit im Kampf gegen die Korruption. Ein EITI-Beitritt stärkt unsere Glaubwürdigkeit und macht Deutschland zu einem Vorbild. Ein wichtiger Aspekt ist, dass Deutschland als Industrieland und Rohstoffimporteur mit Einkaufsmacht einen gewissen Einfluss darauf nehmen kann, dass sich weitere Länder der EITI-Initiative anschließen. Voraussetzung ist aber, dass Deutschland die EITI umsetzt. Dabei ist jeder gute Rat und Hinweis zur EITI-Einführung in Deutschland wichtig. Andere Industrieländer, wie das Vereinigte Königreich, stehen im Übrigen vor vergleichbaren Aufgaben.

Clare Short fügt hinzu, dass es nicht nachhaltig wäre, wenn Deutschland EITI lediglich aus Gründen der Solidarität einführt. Öffentlichkeitswirksame Debatten über Themen wie Fracking, die Energiewende oder die Nutzung der knappen inländischen Ressourcen sind überaus wichtig; sie machen die EITI glaubhafter und stärken sie zugleich.

Eine Gesprächsrunde: Erwartungen an die D-EITI



(von links nach rechts)

Dr. Stefan Mair, Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

Prof. Dr. Henning Rentz, RWE

Prof. Dr. Edda Müller, Vorsitzende, Transparency International Deutschland

Dr. Ralf Bartels, Abteilungsleiter, Industriegewerkschaft, Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)

Friedrich Wilhelm Wagner, Abteilung Bergbau und Energie in NRW, Bezirksregierung Arnsberg; Beauftragter der Bergbehörden für den EITI-Prozess

Die Vertreter der Privatwirtschaft, Dr. Stefan Mair (BDI) und Prof. Dr. Henning Rentz (RWE), betonen, dass Korruption hierzulande kein grundsätzliches Problem darstellt. Selbst wenn Korruptionsfälle bekannt werden, ermöglichte der deutsche Rechtsstaat eine rasche Aufklärung. Zudem existiert mit den EU-Transparenz- und Bilanzrichtlinien bereits eine weitreichende Grundlage, so dass der Mehrwert von D-EITI aus Sicht der Privatwirtschaft in der Stärkung der internationalen Initiative liegt: Die deutsche Industrie hat ein erhebliches Interesse an funktionierenden transparenten Märkten. Deutschland hat sich zwar weitgehend aus internationalen Bergbauprojekten zurückgezogen, ist aber als Industrieland auf Rohstoffimporte angewiesen.

Prof. Dr. Henning Rentz (RWE) lenkt den Blick zudem auf die nationale Perspektive. So unterstreichen deutsche Unternehmen mit ihrem EITI-Engagement, dass sie sich an internationale Standards halten. Im Gegenzug ist EITI – national wie international – von großer Bedeutung für die Schaffung eines „level playing field“: An dessen Spielregeln müssen sich alle halten. Doch aus Sicht der Privatwirtschaft ist der zusätzliche Arbeitsaufwand durch EITI, so Prof. Rentz, kritisch zu sehen. Die Unternehmen haben begrenzte Kapazitä-

Eine Gesprächsrunde: Erwartungen an die D-EITI

ten, um weitere Daten zu sammeln und aufzubereiten. Die Forderung lautet deshalb, dass D-EITI vorliegende Daten nutzen soll. Große Unternehmen wie RWE verfügen bereits über alle nötigen Kennzahlen. Von den kleinen und mittleren Unternehmen könne dagegen nicht erwartet werden, dass sie in großem Umfang zusätzliches Material erfassen und aufbereiten – hier müsse ein gesundes Mittelmaß gefunden werden. Weiterhin machen die Industrievertreter in ihren Wortbeiträgen deutlich, dass die MSG eine gute Plattform für Diskussionen in den Bereichen Bergbau oder Energie sein kann. Doch die MSG sollte thematisch nicht überfrachtet werden. So wird etwa Fracking schon jetzt weitreichend öffentlich diskutiert und müsse von der MSG nicht erneut aufgegriffen werden.

Prof. Dr. Edda Müller, Vorsitzende von Transparency International Deutschland, stellt einleitend heraus, dass Länder, die im Corruption Perceptions Index (Korruptionswahrnehmungsindex) negativ gelistet sind, auch wirtschaftlich meist nicht erfolgreich sind. Zudem weisen sie in vielen Fällen eine erhebliche Rohstoffabhängigkeit auf. Und neben der internationalen Perspektive, die mit dem EITI-Beitritt Deutschlands verbunden ist, gebe es auch eine nationale Dimension. Mit D-EITI wird die Bedeutung

des Instruments „Transparenz“ insgesamt anerkannt und gestärkt – mit großer Spannung wird deshalb der weitere Prozess erwartet.

Prof. Dr. Müller regt weiter an, die MSG auch als Plattform für die Lösung weiterer Problemfelder zu nutzen. Grundsätzlich sollte Deutschland lernen, Schwierigkeiten im direkten Dialog zwischen Privatwirtschaft, Regierung und Zivilgesellschaft anzugehen und Lösungswege zu suchen. D-EITI kann dabei zu einer innovativen Weiterentwicklung der Diskussionskultur beitragen. Dabei stellen sich interessante Fragen: Verbleibt man überhaupt im klassischen Rohstoffbereich? Oder braucht es für die Energiepolitik insgesamt eine öffentliche Debatte auf Augenhöhe nach dem Vorbild einer MSG? Sollen erneuerbare Energien und Lieferketten einbezogen werden? Wie steht es mit der Corporate Social Responsibility? Wie kommen die Unternehmen ihrer Verantwortung für Nachhaltigkeit nach? Prof. Dr. Müller äußert die Hoffnung, dass die gesamte D-EITI und die MSG Modell für Transparenz in Deutschland sind und diese Erfahrungen auf andere Bereiche übertragen werden können.

Eine Gesprächsrunde: Erwartungen an die D-EITI



Dodd-Frank Act und EU-Transparenzrichtlinie:

Neben der auf Freiwilligkeit basierenden EITI gibt es auch rechtlich bindende Berichtspflichten für mehr Transparenz im Rohstoffsektor:

Beim Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (Dodd-Frank Act) handelt es sich um ein 2010 verabschiedetes US-Bundesgesetz. Abschnitt 1504 verpflichtet Unternehmen, die in der kommerziellen Nutzung von Öl, Gas oder mineralischen Rohstoffen aktiv sind, weltweit alle Zahlungen an Regierungen, die 100.000 USD überschreiten, jährlich offenzulegen. Von dieser Pflicht sind alle Unternehmen betroffen, die an einer US-amerikanischen Börse gelistet sind. In der EU wird Transparenz in der Rohstoffindustrie seit 2013 sowohl in der reformierten EU-Bilanzrichtlinie (2013/34/EU) als auch in der geänderten EU-Transparenzrichtlinie (2013/50/EU) behandelt. Beide Richtlinien sind in Bezug zu den Transparenzvorschriften für die Rohstoffindustrie komplementär zu sehen und beziehen neben den oben genannten Rohstoffsektoren auch den industriellen Holzeinschlag in Primärwäldern ein. Die Wesentlichkeitsgrenze liegt bei 100.000 EUR. Die Richtlinien unterscheiden sich in ihrer Anwendbarkeit auf Unternehmen: Die Bilanzrichtlinie fordert eine länder- und projektbezogene Offenlegung von Geld- und Sachleistungen europäischer Unternehmen, und bezieht dabei Unternehmen von öffentlichem Interesse sowie nicht an der Börse gelistete europäische Unternehmen ein. Die Transparenzrichtlinie gilt hingegen auch für Unternehmen aus Drittstaaten, die an einer Börse in einem EU-Mitgliedstaat gelistet sind.

Eine Gesprächsrunde: Erwartungen an die D-EITI

Danach kommt Prof. Dr. Müller auf die Frage der Einnahmen zu sprechen, die international starke Beachtung finde. Die Offenlegung von Zahlungen der Unternehmen an den Staat ist ein wichtiger Fokus von EITI. Auch in Deutschland, so Dr. Müller, gibt es Intransparenz bei Steuerzahlungen. An wen zahlen die Unternehmen ihre Steuern? Erhalten sie im Gegenzug Subventionen oder Steuererleichterungen? Als Konsequenz sollten nicht nur die Zahlungsströme der Unternehmen an den Staat, sondern auch die verschiedenen Formen der Zahlungsminderung auf Seite der Unternehmen offen gelegt werden.

Auch der Vertreter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Dr. Ralf Bartels, betont die Bedeutung von EITI in Deutschland. Wer global fordert, müsse zu Hause in Vorleistung treten. Doch für Dr. Bartels stellt sich auch die Frage, was in jenen

Ländern geschieht, die nicht dem EITI-Standard folgen und in denen gleichwohl deutsche Unternehmen aktiv sind. Weiterhin sieht Dr. Bartels EITI auch in Konkurrenz zu anderen Initiativen und Netzwerken, etwa der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit oder der Bettercoal Initiative. Damit ist die Frage verknüpft, welche Ziele auf welchem Weg am besten verfolgt werden können. Dr. Bartels ist sicher, dass EITI kein Instrument für die Lösung aller Probleme im Bergbau sein kann. Erweiterte Berichtspflichten können aber zu erhöhter Transparenz führen und auch helfen, Vorurteile zwischen den Stakeholdern im Rohstoffsektor abzubauen – beides sind für ihn zentrale Herausforderungen.



Eine Gesprächsrunde: Erwartungen an die D-EITI

Friedrich Wilhelm Wagner, Leiter der in Nordrhein-Westfalen landesweit zuständigen Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW der Bezirksregierung Arnsberg und Beauftragter der Bergbehörden für den D-EITI-Prozess, erläutert die Rolle der Bergbehörden. Sie sind laut Bundesberggesetz für die Sicherstellung der Rohstoffversorgung in Deutschland zuständig. Die Landesbergbehörden ziehen die bei der Rohstoffförderung fälligen Förderabgaben ein und sind damit ein wesentlicher Akteur bei der Offenlegung der Kapitalströme im Rahmen der EITI.

Der D-EITI-Prozess hat aus Sicht der Bergbehörde in Nordrhein-Westfalen drei wesentliche Komponenten: Zum einen ist der zivilgesellschaftliche Aspekt zu nennen; dabei geht es insbesondere um die Themen „Sauberkeit“ und Transparenz. Zum anderen gibt es die rohstoffstrategische Komponente: Deutschland ist als Industrieland auf Rohstoffimporte angewiesen und muss, beispielsweise durch strategische Rohstoffpartnerschaften, die Versorgung sichern. Als Drittes nennt Wagner die wirtschaftliche Komponente, denn Deutschland ist in vielen Technologiebereichen Weltmarktführer, beispielsweise in den Bereichen Maschinenteknik oder Bergbausicherheit. So kann Deutschland international zu einer sauberen und umweltschonenden Rohstoffgewinnung beitragen.

Durch D-EITI und vor allem durch die MSG kann eine neue Qualität in der Kommunikation von Regierung und Verwaltung mit der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft erreicht werden. Herr Wagner lehnt es allerdings ab, die in Bergbau-kritischen Bürgerinitiativen geführten Diskussionen in den D-EITI-Prozess zu verlagern – dies würde dem EITI-Prozess letztlich nicht zuträglich sein.



Eine Gesprächsrunde: Erwartungen an die D-EITI

Als Forum wird die MSG ausdrücklich von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern begrüßt; gleichzeitig diskutieren sie kontrovers über den inhaltlichen Fokus. Welches sind die Themen, die innerhalb der MSG diskutiert werden sollen? Sind dort auch Lieferketten, die Energiewende oder Fracking relevant? Wo kann D-EITI bei der nationalen Umsetzung besonders innovativ sein? In der Diskussion zeigt sich einerseits, dass die MSG sicher nicht alle aufgeworfenen Probleme lösen wird und zumindest in der Beitrittsphase Deutschlands

zur EITI ein klarer thematischer Fokus entscheidend ist. Andererseits wird gefordert, dass alle Themen innerhalb der MSG sachlich und offen angesprochen werden können. Als Fazit bleibt: Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer stehen der D-EITI grundsätzlich positiv gegenüber und sehen eine gute Perspektive für die konstruktive Zusammenarbeit innerhalb der MSG.



Kandidatur bei der EITI: Ein Land, das die EITI umzusetzen plant, muss vor dem Einreichen seines Kandidaturantrages eine Reihe von Schritten unternehmen. Sind sie abgeschlossen, reicht die Regierung – mit Unterstützung der nationalen MSG – die Bewerbung als EITI-Kandidat ein. Der internationale EITI-Vorstand prüft und bewertet, ob alle Beitrittschritte erfolgreich abgeschlossen wurden. Nimmt der EITI-Vorstand einen Kandidaten auf, legt er gleichzeitig die Fristen für die Veröffentlichung des ersten nationalen EITI-Berichts und die Validierung des nationalen EITI-Prozesses fest. Der erste Bericht muss innerhalb von 18 Monaten nach Aufnahme als EITI-Kandidat veröffentlicht werden. Mit der Validierung müssen EITI-Kandidatenländer zweieinhalb Jahre nach ihrer EITI-Kandidatur beginnen. Ergibt die Validierung, dass das Land alle Anforderungen erfüllt hat, wird der EITI-Vorstand das Land als EITI-konform bewerten; es ist fortan EITI-Mitglied.

Eine Gesprächsrunde: Erwartungen an die D-EITI

Bernd Westphal, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, merkt aus dem Publikum an, dass das Parlament hinter D-EITI stehe und die Initiative unterstütze. Die Einführung wird aus seiner Sicht mehr Vertrauen in die Rohstoffgewinnung in Deutschland und mehr Transparenz mit sich bringen. Dabei gilt es zu vermitteln, dass Deutschlands Wirtschaft auf Rohstoffe und insbesondere auf Rohstoffimporte angewiesen ist. Bernd Westphal richtet darum die Frage an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche Möglichkeiten EITI biete, um Lieferketten transparenter zu machen. Dr. Stefan Mair merkt dazu an, dass an diesem Thema bereits umfangreich gearbeitet wird. Doch an einem bestimmten Punkt kommen die Unternehmen an ihre Grenzen und können dann immer weniger Einfluss nehmen, etwa auf die Arbeitsbedingungen.

Frage aus dem Publikum:

Wie kann man die Ergebnisse von D-EITI allgemein verständlich vermitteln?

Prof. Dr. Müller und Dr. Mair sehen dies als eine zentrale Aufgabe der MSG. Nicht jeder Fachbegriff muss dabei erklärt werden; vielmehr ist es das Ziel, die Relevanz des Themas in der breiten Öffentlichkeit zu verankern.

EITI und internationale Erfahrungen

Richard Dion, Länderbeauftragter für Deutschland,
Internationales EITI-Sekretariat



Internationale Erfahrungen und die Beispiele von Ländern, die EITI bereits implementiert haben, zeigen unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten für die Arbeit der MSG. Eine davon ist das dezentrale MSG-Modell aus Madagaskar: Eine zentrale Aufgabe der regionalen MSG ist die Betrachtung des Einnah-

menttransfers von der Zentralregierung an die regionalen Regierungen. In Kirgistan gibt es lokale Anlaufstellen, in denen die Stakeholder die nationalen EITI-Berichte diskutieren und aufkeimende Konflikte dadurch entschärfen können. Auch in den USA wird die Mehrheit der Abgaben aus dem Bergbausektor an die Bundesstaaten abgeführt. Die Organisation der EITI musste entsprechend angepasst werden. Im Übrigen gehen die MSG in den USA und Großbritannien mit gutem Beispiel voran und veröffentlichen alle relevanten MSG-Papiere (Protokolle, Beschlüsse, Geschäftsordnungen).

Deutschland kann diese Erfahrungen nutzen, um Fehler zu vermeiden. Dabei geht es nicht allein um die Teilnahme an EITI, sondern auch darum, die wichtigen Themen Energie und Transparenz in die öffentliche Debatte aufzunehmen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die MSG; denn die gleichberechtigte Einbindung aller Stakeholder erhöht die Glaubwürdigkeit des Prozesses.



Richard Dion ist Regionaldirektor des Internationalen EITI-Sekretariats für Zentralasien und den Kaukasus und als Länderbeauftragter auch für die Kandidatur Deutschlands für die EITI zuständig. Vor seiner Tätigkeit für das EITI-Sekretariat war Richard Dion zunächst für das United Nations Development Programme in Kasachstan und im Anschluss mehrere Jahre für Royal Dutch/Shell, unter anderem im Bereich Transparenz von Einnahmen, tätig.

Bedeutung der D-EITI für Entwicklungs- und Schwellenländer



Thomas Silberhorn, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Good Governance ist der Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung und den erfolgreichen Kampf gegen Armut, insbesondere in rohstoffreichen Ländern. Deren Einnahmen bieten – gute Regierungsführung vorausgesetzt – erhebliches Potenzial für Wohlstand und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Fehlt es an *Good Governance*, wird Rohstoffreichtum oft zum „Ressourcenfluch“, unter dem auch andere Wirtschaftsbereiche leiden; fehlende Einnahmen für die Bereiche Bildung und Innovationen sind die Folge. Ob der Rohstoffsektor zum Fluch oder zum Segen wird, hängt von funktionsfähigen und transparenten Institutionen ab, meint Thomas Silberhorn. In etwa 80 Ländern der Erde spielt der Abbau natürlicher Ressourcen heutzutage eine bedeutende wirtschaftliche Rolle. Fast 80 Prozent dieser Länder verzeichnen ein Pro-Kopf-Einkommen unter dem globalen Durchschnitt. Das bedeutet, dass rund 70 Prozent der von extremer Armut betroffenen Menschen in Ländern mit einer starken Rohstoffwirtschaft leben – obwohl die Rohstoffvorkommen doch ein erhebliches Potenzial für die Entwicklung dieser Länder bieten.



Thomas Silberhorn ist seit 2002 Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag. Seit 2014 ist er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Er fokussiert in seiner Rede auf die Bedeutung guter Regierungsführung für die Armutsbekämpfung und das Wirtschaftswachstum in rohstoffreichen Entwicklungsländern.

Bedeutung der D-EITI für Entwicklungs- und Schwellenländer



Deutschlands Engagement für die EITI: Die Bundesregierung fördert EITI seit dem Entstehen der Initiative und ist über die Wahlgruppe der EITI-unterstützenden Länder im internationalen EITI-Vorstand in die Ausgestaltung des Prozesses eingebunden. Die politische, finanzielle und technische Unterstützung der Initiative umfasst im Einzelnen:

- Unterstützung von bislang 20 nationalen EITI-Prozessen über bilaterale und regionale BMZ-Programme in folgenden Ländern: Afghanistan, Burundi, Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC), Ghana, Guinea, DR Kongo, Mali, Mauretanien, Mongolei, Mosambik, Westafrika (Liberia und Sierra Leone) und Zentralasien;
- Förderung von mehr als 300 *Change Agents* aus 44 Ländern über Trainingsmaßnahmen für nationale EITI-Prozesse;
- Organisation des Runden Tisches „Neue Partnerschaft für Transparenz im Rohstoffsektor“ in Kooperation von BMZ und BMWi mit dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und deutschen Unternehmen seit 2009;
- Beiträge zum EITI-Multi-Geber-Treuhandfonds und internationalen EITI-Sekretariat;
- Ein Fördervolumen von insgesamt über 10 Mio. EUR.

Bedeutung der D-EITI für Entwicklungs- und Schwellenländer

Thomas Silberhorn erläutert noch einmal das einfache Grundprinzip von EITI: Einnahmen von und Zahlungen an den Staat werden abgeglichen; das bewirkt Transparenz der Zahlungsströme. Die Umsetzung von EITI in Deutschland ist für die Entwicklungspolitik der Bundesregierung ein weiterer wichtiger Baustein. Mit der D-EITI setzt sich Deutschland für eine demokratische Rechenschaftspflicht ein und unterstützt weltweit gute Regierungsführung im Rohstoffsektor. Damit ist ein wichtiges politisches Signal verbunden: Deutschland verpflichtet sich selbst zu jener Transparenz, die von anderen eingefordert wird.

EITI ist kein asymmetrisches Arrangement, stellt Silberhorn fest. Das wäre nicht zielführend. Es geht darum, dass die Unterstützung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Initiative zu einem gemeinsamen Projekt aller Länder wird. Denn Entwicklung gelingt am besten gemeinsam und durch Kooperation auf Augenhöhe. Nur so wird EITI tatsächlich zu einem globalen Standard und kann seine volle Wirkungskraft entfalten.



EITI: Entstehung und Perspektiven



Prof. Dr. Peter Eigen, Gründungsvorsitzender der EITI (2006–2011)

Einleitend schließt sich Prof. Dr. Peter Eigen seinem Vorredner Thomas Silberhorn an. Er bestätigt, dass gute Regierungsführung der Schlüssel zu mehr Entwicklung ist, vor allem im Rohstoffsektor. Bleibt die Frage der richtigen Umsetzung – hierzu beschreibt Prof. Dr. Eigen die Erfolgsfaktoren und Herausforderungen der EITI-Initiative.

Der Schlüssel zum Erfolg von EITI ist das Zusammenwirken der drei Stakeholder Regierungen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft. Mit der MSG wurde ein Ansatz gefunden, bei dem die Interessen der drei Stakeholder erörtert und gebündelt werden können. Doch diese Form der Kooperation birgt Risiken: Es ist schwierig, Unternehmer an einen Tisch zu bringen mit Aktivisten, die das eigene Unternehmen angreifen. Um die drei unterschiedlichen Interessengruppen zur Kooperation zu bewegen, musste EITI laut Eigen anfangs einen eher bescheidenen Ansatz wählen. Dabei galt als oberstes Prinzip immer der Konsens. So wurde in der Vergangenheit der EITI-Beitritt Äthiopiens von den zivilgesellschaftlichen Mitgliedern



Prof. Dr. Peter Eigen war lange in der Weltbank aktiv, unter anderem als Direktor der Regionalmission für Ostafrika. Im Jahr 1993 gründete er die Nichtregierungsorganisation Transparency International, die sich weltweit gegen Korruption einsetzt. Professor Eigen ist einer der Initiatoren der EITI und war als Vorgänger von Clare Short von 2006 bis 2011 erster Vorsitzender des internationalen EITI-Vorstands.

EITI: Entstehung und Perspektiven

des internationalen EITI-Boards abgelehnt, weil es sich aus ihrer Sicht um ein diktatorisches Regime handelte – aufgrund des Konsensprinzips musste die Entscheidung einer Minderheit akzeptiert werden.

EITI musste in den ersten Jahren ihres Wirkens viel Kritik einstecken; im Kern ging es um die Frage: „Was soll die Veröffentlichung von Zahlen bringen? Davon wird niemand satt oder kann die Schule besuchen“. Doch die Bedeutung der Zahlen darf nicht unterschätzt werden, so Eigen. Sind diese glaubwürdig dokumentiert, werden Medien berichten, welche Geldströme durch den Rohstoffsektor bewegt werden. Die Öffentlichkeit wird so informiert und kann an der Diskussion teilhaben. Nationale Parlamente kennen das Budget, über das sie zu entscheiden haben. Vor der Gründung von EITI haben die Machteliten einiger Länder diese Zahlungen verschwiegen. Im zweiten Schritt stellte sich die Frage, was mit den vorliegenden Daten zu tun ist?

Aufgrund der steigenden Akzeptanz von EITI wurde das zunächst eng formulierte Mandat unter dem Vorsitz von Clare Short ausgeweitet. Um sicherzustellen, dass keine der beteiligten Interessengruppen den Prozess aufkündigt, musste das schrittweise erfolgen. Prof. Dr.

Eigen berichtet dazu aus seiner Zeit als Vorstandsvorsitzender der EITI. Nachdem er den bevorstehenden Dodd-Frank Act in den USA nach Einschätzung der Privatwirtschaft zu positiv bewertet hatte, wollten einige EITI-Vertreter ganz aus dem Prozess aussteigen. Mit diesen Themen gilt es also sehr behutsam umzugehen, so Eigen, auch auf der nationalen Ebene.

Die Zahl der Bereiche, auf die sich EITI ausweiten lässt, ist beträchtlich. In der Natural Resource Charter ist zusammengefasst, welche Faktoren für eine Verbesserung der Verhältnisse in rohstoffreichen Ländern entscheidend sind. Die zentrale Rolle der Transparenz haben die EITI-Stakeholder mittlerweile erkannt. Deutschland muss sich aber auch darüber im Klaren sein, so Eigen, dass nicht alle Probleme auf einmal zu lösen sind.

Und so bremst Prof. Dr. Eigen einige der Erwartungen, die manche Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Transparenzgipfel formuliert haben. Nicht alle Themen können und sollen in der MSG zeitgleich bearbeitet werden. Er empfiehlt eine langsame und schrittweise Ausweitung des Mandats. Wer erwartet, dass die MSG alle Herausforderungen zugleich lösen kann, läuft Gefahr, dass das Konsensprinzip als Grundlage der EITI geschwächt wird oder ganz verloren geht.

EITI im Banken- und Finanzsektor



David Diamond, Global Co-Head of ESG, Allianz Global Investors und EITI-Vorstandsmitglied

Für internationale Investoren sind die Kriterien Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) sowohl für die Bewertung von Ländern als auch von Unternehmen zunehmend relevant – ESG wirkt sich somit auf ihre Investitionsentscheidungen aus, so Diamond. Die ESG-Kriterien umfassen unter anderem staatliche Praktiken guter Unternehmensführung sowie Lizenzen und Konzessionen für Unternehmen. Hier gibt es einen direkten Bezug zu EITI. Doch die Berücksichtigung der ESG-Kriterien von Unternehmen oder Staaten wird nicht von allen Akteuren aus dem Investitionssektor als relevant erachtet. Dagegen zeigen Studien, dass es einen Zusammenhang zwischen der Rendite von Unternehmen und deren ESG-Berücksichtigung gibt: Das gilt etwa für den Zusammenhang zwischen ESG-Berücksichtigung und einer hohen risikobereinigten Rendite. Auch die Eigenkapitalrendite der am besten geführten Unternehmen ist um 23,8 % besser als der Vergleichswert in schlechter geführten Unternehmen.



David Diamond ist als Vertreter der internationalen Investoren seit 2013 Mitglied des internationalen EITI-Vorstands. David Diamond ist Global Co-Head of Environmental, Social and Corporate Governance (ESG) bei Allianz Global Investors und war zuvor für Crédit Lyonnais, BNP Paribas und Amundi im Bereich Vermögensverwaltung tätig. Er ist Vorstandsmitglied des French Social Investment Forum und Mitglied verschiedener Arbeitsgruppen von internationalen Reporting Initiativen.

EITI im Banken- und Finanzsektor



Institutionelle Investoren in der EITI: Die EITI konnte die Unterstützung von mehr als 80 internationalen Anlagegesellschaften gewinnen, die zusammen ein Vermögen von mehr als 19 Billionen US-Dollar verwalten und die das Investors' Statement on Transparency in the Extractives Sector der EITI unterzeichnet haben. Diese Gruppe ist durch David Diamond im internationalen EITI-Vorstandsgremium vertreten. Daneben unterstützen über 90 der weltweit größten Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen die EITI als Supporting Companies. Diese Unternehmen sind mit fünf Vertretern im internationalen EITI-Vorstand vertreten.

EITI im Banken- und Finanzsektor

Investoren erstellen neben Länder-Einstufungen auch Ratings von Unternehmen, unter anderem für den Rohstoffsektor. Sie ziehen unter anderem die Kriterien ‚Tätigkeit in sensiblen Regionen‘, ‚Beziehungen zu lokalen Gemeinschaften‘, ‚Umweltbezogene und soziale Wirkungsanalyse‘ sowie ‚Strategien gegen Bestechung und Korruption‘ bei ihren Bewertungen heran. So profitieren Investoren vom EITI-Standard durch geringere Risiken, die mit einer Beteiligung an Unternehmen im Rohstoffsektor verbunden sind.

Vor diesem Hintergrund kann der EITI-Standard allen Beteiligten entlang der Wertschöpfungskette Vorteile bieten:

- (1) **Kandidatenländer:** Verbesserung der Regierungsführung und Stärkung der internationalen Glaubwürdigkeit; EITI-Kandidatur ist ein Beleg für ernsthafte Ansätze zur Korruptionsbekämpfung.
- (2) **Unterstützende Länder:** Verbesserte Stabilität in Ländern, die Erdöl, Erdgas und andere natürliche Ressourcen liefern.
- (3) **Unternehmen:** Vorteile durch ein besseres Geschäfts- und Investitionsklima im Kandidatenland durch Verbesserungen bei

Transparenz und guter Regierungsführung. Eine bessere politische Stabilität ermöglicht langfristige Investitionen, die für die Erschließung und Förderung von Rohstoffen notwendig sind.

- (4) **Investoren:** Sie profitieren von den geringeren Risiken, die mit ihrer Beteiligung an Rohstoffkonzernen verbunden sind.



EITI im Banken- und Finanzsektor



Transparenz allein reicht aber nicht aus, meint David Diamond. Denn Investoren legen verstärkt Wert auf den Nachweis, dass die Offenlegung von Zahlungen in einem Bericht – also die Umsetzung der EITI vor Ort – tatsächlich zu Verbesserungen führt. Transparenz wird nicht als Wert an sich gesehen, sondern als Instrument für eine verbesserte Regierungsführung. Im Rahmen der EITI geht es also nicht um den Bericht an sich, sondern vielmehr um die konkreten Wirkungen, die im jeweiligen Land zu erzielen sind. Dazu zählen unter anderem der Abbau von Korruption, ein verbesserter Zugang zu Konzessionen und Lizenzen, erhöhte ausländische Direktinvestitionen sowie eine aktive öffentliche Debatte über den Rohstoffsektor.



Die Rolle der Transparenzvorgaben der EU und des Dodd-Frank Act bei der EITI-Implementierung



Marinke van Riet, International Director, Publish What You Pay und EITI-Vorstandsmitglied

Im Gegensatz zu EITI setzt *Publish What You Pay* nicht auf Freiwilligkeit, sondern fordert verpflichtende Regularien und Standards.

Darum bezeichnet Marinke van Riet die Initiativen EITI und *Publish What You Pay* als „die Schöne und das Biest“. Publish What You Pay war durch intensive Lobbyarbeit an der Realisierung verschiedener Meilensteine für mehr Transparenz im Rohstoffsektor beteiligt. Dazu gehören die Einführung des Dodd-Frank Acts in den USA sowie die Einführung der EU-Transparenzrichtlinie. Die Rednerin legt dar, dass die EU-Transparenzrichtlinie – anders als EITI – alle Zahlungen einschließt, nicht nur die nationalen. Darum wird EITI in den USA als die nationale Komponente von Dodd-Frank gesehen. Marinke van Riets Erwartung und Forderung an die Umsetzung der D-EITI ist eine Angleichung der EITI-Berichte an die Vorgaben der EU-Transparenz- und der EU-Bilanzrichtlinie sowie eine EITI-Berichtspflicht, die nach Projekten aufgeschlüsselt ist. Außerdem erwartet sie in Deutschland eine schnellere Veröffentlichung des nationalen Berichtes. Dieser liegt in den EITI-Mitgliedsstaaten aktuell nach durchschnittlich zwei Jahren vor.



Nach internationalen Einsätzen in verschiedenen afrikanischen Ländern mit der Nichtregierungsorganisation *Marie Stopes International* ist Marinke van Riet seit 2011 Internationale Direktorin von *Publish What You Pay*. Die Organisation hat das Ziel, börsennotierte Erdölkonzerne zu verpflichten, alle Informationen über Steuern, Erträge, Gebühren und andere Zahlungsbewegungen an Regierungen detailliert offenzulegen. Marinke van Riet ist als Repräsentantin der Zivilgesellschaft im internationalen EITI-Vorstand vertreten.

Auftaktgespräch von bereits benannten Mitgliedern der Multi-Stakeholder-Gruppe der D-EITI

Das Auftaktgespräch der MSG fand unter der Leitung des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die EITI-Umsetzung in Deutschland, Uwe Beckmeyer, statt. Ziel des Auftaktgesprächs war, sich gegenseitig kennenzulernen und Erwartungen an die MSG zu formulieren. Auch Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal konnten die Veranstaltung verfolgen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren zum Transparenzgipfel zwar von ihren jeweiligen Stakeholdergruppen schon nominiert, sind offiziell erst im April durch das BMWi ernannt worden. Während der Vorstellungsrunde überwogen ein positives Stimmungsbild und die optimistische Überzeugung, dass mit der Arbeit der MSG und der Umsetzung der D-EITI wirklich etwas bewegt werden könne.

Nach der Eröffnung durch Staatssekretär Uwe Beckmeyer formulierten die Stakeholdergruppen ihre Erwartungen an die MSG. Uwe Beckmeyer begrüßte die konstruktiven Diskussionen.

Einige Beiträge und Impressionen aus dem lebhaften Austausch:

Matthias Wachter, Vertreter der Stakeholdergruppe Privatwirtschaft:

Zwar sieht Herr Wachter in Deutschland keinen Bedarf für Korruptionsbekämpfung, er empfindet aber den freiwilligen Ansatz der EITI als notwendig und wichtig: Transparente und funktionierende Märkte sind gleichermaßen wichtig für Konsumenten und Unternehmen. Von D-EITI geht zudem eine Vorbildfunktion für andere Länder aus. Andererseits ist es aus Sicht von Matthias Wachter wichtig, die MSG nicht mit zu vielen Themen zu überfrachten; auch sollten im Hinblick auf bestehende Berichtspflichten Doppelregulierungen vermieden werden. Es müsse vielmehr darum gehen, bestehende Initiativen und Regelungen weitergehend zu fördern.

Prof. Dr. Edda Müller, Vertreterin der Stakeholdergruppe Zivilgesellschaft:

Prof. Dr. Müller wünscht sich einen offenen Diskussionsprozess und die Bereitschaft zum Konsens. Sie möchte keine Diskussionsverbote über Themen, die auf den ersten Blick nicht zu den Kernaufgaben der MSG gehören. Denn nur mit einem breiten Ansatz, so Müller, lassen sich neue Themenfelder entwickeln und weiter denken. Die Signalwirkung von D-EITI wird von großer Bedeutung sein – der MSG fällt dabei die Aufgabe zu, die wirklich relevanten Fragen für den Standort Deutschland herauszuarbeiten.



Kontakt:

Sekretariat der D-EITI
(Deutschland – Extractive Industries Transparency Initiative)
Köthener Straße 2-3
10963 Berlin

Tel.: +49 30 – 338 424 – 444
Fax: +49 30 – 338 424 22 – 444
E-Mail: sekretariat@d-eiti.de
Web: www.d-eiti.de

